



**Annette Widmann-Mauz**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Staatsministerin a.D.

## Pressemitteilung

**Widmann-Mauz MdB:**

### **Heimische Landwirtschaft verdient unsere uneingeschränkte Solidarität – Mehrbelastungen beim Agrardiesel müssen vollständig zurückgenommen werden**

Berlin, den 11. Januar 2024

Annette Widmann-Mauz MdB  
Platz der Republik 1  
Telefon: +49 30 227 77217  
Fax: +49 30 227 76749  
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro  
Am Stadtgraben 21  
72070 Tübingen  
Telefon: +49 7071-32314  
Fax: +49 7071-33314  
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen-  
Hechingen

**Die Wahlkreisabgeordnete für Tübingen-Hechingen, Annette Widmann-Mauz, übt massive Kritik an der geplanten Streichung der Agrarförderung durch die Bundesregierung und solidarisiert sich mit den Bäuerinnen und Bauern im Zollernalbkreis:**

„Ich stehe voll und ganz hinter unserer heimischen Landwirtschaft, unseren Bäuerinnen und Bauern und ihren Forderungen an die Ampel-Regierung in Berlin. Ich danke dem Kreisbauernverband Zollernalb und seinem 1. Vorsitzenden Alexander Schäfer, der sich klar und deutlich von jeglichen rechtsextremen und sonstigen radikalen Tendenzen distanziert hat und besonnen bei den Protestaktionen auf die Anliegen der Landwirte aufmerksam macht. Auch die teilweise Rücknahme der geplanten Mehrbelastungen reicht nicht aus“, kritisiert Widmann-Mauz. „Kein Landwirt kann in den kommenden Jahren seine Traktoren und schweren Landmaschinen auf alternative, Diesel-freie Antriebstechnologien umstellen. Auch wenn die Steuerbefreiungen nun schrittweise auslaufen sollen, bedeutet das weiter massive Wettbewerbsnachteile zulasten der deutschen Landwirtschaft.“

Die wirtschaftlichen Folgen für die Familienbetriebe auch in der Region, für Nahrungsmittel und auch den Umwelt- und Tierschutz seien fatal, betont Widmann-Mauz: „Höfesterben und Abwanderung aus dem Ländlichen Raum, Produktionsverlagerung von Lebensmitteln ins Ausland mit weniger Auflagen, längere Transportkosten und mehr Umweltbelastung. Statt Ideologie und ständig neuen Auflagen braucht unsere Landwirtschaft eine verlässliche Zukunftsperspektive und Investitionssicherheit, realistische und praktikable Rahmenbedingungen und echte Wertschätzung für ihre unerlässliche Arbeit. Dafür müssen die Steuererhöhungen komplett vom Tisch – sie sind



ungerecht und gehen überproportional zu Lasten eines einzigen Wirtschaftszweiges.“

Widmann-Mauz bezieht ebenfalls Stellung zu Gerüchten, wonach die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages im Dezember für die Abschaffung der Agrar-Förderung gestimmt hätte: „Diese Behauptungen sind falsch. Richtig ist: Die Vergünstigungen beim Agrardiesel spielten bei den Beratungen überhaupt keine Rolle. Thematisiert wurden lediglich die Kfz-Steuerergünstigungen für die Land- und Forstwirtschaft, die der Bundesrechnungshof schon länger kritisiert. In den CDU-geführten Bundesregierungen haben wir uns stets gegen eine Abschaffung der Vergünstigungen gestemmt. Im Rechnungsprüfungsausschuss wurde nun beschlossen, dass die Steuerergünstigungen nur dann gestrichen werden, wenn zugleich ein neues Förderprogramm auf den Weg gebracht wird. Diesen Kompromiss haben wir mitgetragen, da die Ampel mit ihrer Mehrheit andernfalls die Abschaffung auch ohne Ausgleich beschlossen hätte. Nachdem die Bundesregierung ihre eigenen Pläne mittlerweile wieder kassiert hat, bleibt die Kfz-Steuerbefreiung für die Land- und Forstwirtschaft erhalten. Fakt ist aber: Der einseitigen Streichung der Steuerbefreiung hätte die Union nie zugestimmt.“